

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Parlamentarische technische  
Zusammenarbeit  
CH-3003 Bern

Juli 2020

## **Überblick über die im Rahmen des Pilotprojekts 2015–2019 umgesetzten Projekte der parlamentarischen technischen Zusammenarbeit**

### **1. Einleitung**

In der Legislatur 2015–2019 führten die Parlamentsdienste (PD), die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ein Pilotprojekt im Bereich der parlamentarischen technischen Zusammenarbeit durch. Ziel dieses Pilotprojekts war es, das Know-how der PD-Mitarbeitenden für Projekte der DEZA und der AMS zur Verfügung zu stellen, mit denen Parlamente von Entwicklungsländern bzw. von Ländern im Übergang zur Demokratie unterstützt werden.

Von März 2016 bis Dezember 2019 engagierten sich die PD in DEZA- und AMS-Projekten in folgenden Ländern: Kambodscha, Nordmazedonien, Mongolei, Albanien, Kosovo und Tunesien.

### **2. Überblick über die Aktivitäten und Projekte**

#### **2.1. Projekt zur Unterstützung des kambodschanischen Parlaments**

Die DEZA unterstützte von 2014 bis 2018 das Parlament von Kambodscha über das «*Parliamentary Institute of Cambodia*» (PIC). Als unabhängige Einrichtung bietet das PIC den beiden kambodschanischen Parlamentskammern vor allem Dienstleistungen im Bereich der Recherche und der Öffentlichkeitsarbeit an.

Im September 2015 äusserte die Verwaltung des kambodschanischen Parlaments den Wunsch, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Unterstützung von den PD zu erhalten. Die PD schlugen nach einer Bedarfserhebungsmission im Juni 2016 vor, gemeinsam mit dem PIC ein Kommunikationsprojekt durchzuführen, welches die Sichtbarkeit des kambodschanischen Parlaments und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in dieses erhöht. Die Generalsekretäre der beiden kambodschanischen Parlamentskammern entschieden sich, eine von den PD vorgeschlagene Idee zu verwirklichen, und zwar die Durchführung eines Tags der offenen Türe (Open day) im Parlament. Dieser Tag sollte ursprünglich im Mai 2018 stattfinden.

Von Februar bis Oktober 2017 arbeiteten zwei Mitarbeitende der PD aus den Ressorts *Öffentlichkeitsarbeit* und *Information* mit zwei zuständigen Arbeitsgruppen der kambodschanischen Parlamentsverwaltung an der Organisation eines Tags der offenen Türe. Die beiden Parlamentsverwaltungen standen u. a. mittels E-Mail und Videokonferenz in regem Kontakt. Zu dieser Unterstützung aus der Ferne hinzu kamen ein einwöchiger Besuch der beiden PD-Mitarbeitenden in Phnom Penh im Februar 2017 und ein Studienbesuch der



kambodschanischen Arbeitsgruppen in Bern im Oktober 2017. Die Mitarbeitenden der kambodschanischen Parlamentsverwaltung erfuhren auf diese Weise, wie ihre Schweizer Kolleginnen und Kollegen derartige Veranstaltungen (z. B. Museumsnacht und Tag der offenen Türe am 1. August) für die Bundesversammlung organisieren. Ausserdem konnten die PD-Mitarbeitenden für den kambodschanischen Tag der offenen Türe Ratschläge für Aktivitäten (Quiz, Spiele, Führungen, Treffen mit Parlamentsmitgliedern) und für pädagogische Inhalte (Broschüren) geben.

Im November 2017 löste das Oberste Gericht von Kambodscha die grösste Oppositionspartei des Landes auf, nachdem die Regierungspartei gegen diese Klage eingereicht hatte. Dies war gleichbedeutend mit dem Ausschluss der Oppositionspartei aus dem Parlament. Vor diesem Hintergrund sahen sich die PD aufgrund des Risikos einer Instrumentalisierung des Tages der offenen Türe durch die Regierungspartei nicht mehr in der Lage, die Organisation dieses Anlasses weiterzubegleiten. In Absprache mit der DEZA beschlossen die PD unverzüglich, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung des kambodschanischen Parlaments einzustellen. Dieser Beschluss wurde den Generalsekretären der beiden kambodschanischen Kammern mitgeteilt. Gemäss den Informationen der PD entschieden die Generalsekretäre in der Folge, den Tag der offenen Türe auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Trotz der Abbruch dieses Projekts bleiben die bei der Konzeption des Projekts erworbenen Kompetenzen von grossem Nutzen – sowohl für die Mitglieder der kambodschanischen Parlamentsverwaltung als auch für die beteiligten Mitarbeitenden der PD.

## **2.2. Projekte zur Unterstützung des nordmazedonischen Parlaments**

Die DEZA unterstützte von 2010 bis 2019 das mazedonische Parlament, indem sie ein Parlamentsinstitut finanzierte, welches für die Parlamentsmitglieder Analysen und Recherchen anfertigt und die Bürgerinnen und Bürger über die Aufgaben sowie die Funktionsweise des Parlaments informiert.

Im November 2016 ersuchte eine Delegation des mazedonischen Parlamentsinstituts im Rahmen eines Studienbesuchs in der Schweiz die PD um Unterstützung im Bereich der politischen Bildung und der geführten Parlamentsbesuche. Diesem Wunsch wurde entsprochen und eine kleine Delegation der PD begab sich im Mai 2017 für drei Tage nach Skopje, um die Tätigkeiten des Instituts zu evaluieren. Nach dieser Mission legte die Delegation der PD einige Empfehlungen zur Optimierung der Tätigkeiten des Instituts vor. Die Empfehlungen wurden – unter Berücksichtigung des spezifischen mazedonischen Kontexts – grösstenteils übernommen. So führte das Institut ein System zur Online-Reservation für Besuche des mazedonischen Parlaments ein, das der schweizerischen Plattform sehr ähnlich ist. Zudem haben die mazedonischen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, das Parlamentsgebäude ihres Landes – analog der [virtuellen Tour](#) durch das Schweizer Parlamentsgebäude – virtuell zu besichtigen. Ferner entwickelte das Parlamentsinstitut eine neue Staatskundeaktivität, die im März 2019 lanciert wurde. Als Inspiration diente dabei das von den PD konzipierte Rollenspiel «[Mein Standpunkt](#)». Eine Delegation der PD war bei der Lancierung des Spiels vor Ort, um ein kritisches Feedback zu geben. Zu guter Letzt ist zu erwähnen, dass das Parlamentsinstitut einen [Film](#) über die Zusammenarbeit mit den PD bei der Entwicklung des Spiels zur politischen Bildung gedreht hat.

Im Bereich der öffentlichen Finanzen arbeiteten Mitarbeitende des Sekretariats der Finanzkommissionen (FK) mit dem mazedonischen Institut zusammen. Sie wirkten 2017 an



einer regionalen Konferenz mit, an der sie erläuterten, wie das Schweizer Parlament den Voranschlag und die Rechnung des Bundes prüft. Im ersten Quartal 2018 verfassten sie ausserdem eine Forschungsarbeit zur Staatsverschuldung und zur Schuldenbremse, die dann vor Abgeordneten und Mitarbeitenden des mazedonischen Parlaments präsentiert wurde. Im Juni 2018 nahm ausserdem die stellvertretende Sekretärin der Staatspolitischen Kommissionen an einer vom Parlamentsinstitut organisierten Konferenz zum Thema Bürgerbeteiligung teil. An dieser Konferenz stellte sie die direktdemokratischen Rechte in der Schweiz und die diesbezügliche Rolle des Parlaments vor.

### **2.3. Projekt zur Unterstützung des mongolischen Parlaments**

Die DEZA führte in der Mongolei über vier Jahre (2017–2020) ein Projekt durch, mit dem die Gesetzgebungs- und Aufsichtsfunktion insbesondere des nationalen Parlaments gestärkt werden sollte.

Ende November 2017 weilte eine kleine Delegation der PD, bestehend aus Mitarbeitenden der Sekretariate der Sachbereichskommissionen und der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK), in Ulaanbaatar, um sich mit den Kolleginnen und Kollegen des mongolischen Parlaments darüber auszutauschen, wie die beiden Parlamente ihre Gesetzgebungs- und Aufsichtsfunktion wahrnehmen, und das Thema Evaluation zu erörtern. Ziel dieses Austauschs war es zudem, konkrete Themen für die künftige Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des mongolischen Parlaments zu eruieren. Nach dem Austausch hielt die Verwaltung des mongolischen Parlaments fest, sie wolle insbesondere im Bereich der Evaluation mit den PD zusammenarbeiten. Das Interesse für die Arbeit der PD in diesem Bereich ist darauf zurückzuführen, dass das Sekretariat des mongolischen Parlaments kürzlich den gesetzlichen Auftrag zum Aufbau dieser für das Sekretariat neuen Tätigkeit erhalten hat. Das Fachwissen des Evaluationsdienstes (PVK) der PD konnte der Verwaltung des mongolischen Parlaments demnach von Nutzen sein.

Im März 2018 vereinbarten die PD mit ihren Kolleginnen und Kollegen des mongolischen Parlaments, diese bei der Durchführung einer konkreten Evaluation (Evaluation des mongolischen Gesetzes über die Bodenreform) zu unterstützen. Die Unterstützung erfolgte aus der Ferne per E-Mail und Videokonferenzen. Ausserdem reisten im Juni 2018 zwei Mitarbeitende der PVK in die Mongolei, um ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Definition des Evaluationsdesigns zu unterstützen. Im Oktober 2018 wurden im Rahmen eines Studienbesuches der mongolischen Arbeitsgruppe in Bern die empirischen Methoden für die Evaluation des mongolischen Bodenrechts diskutiert. Im Frühjahr 2019 leisteten die PD weiterhin Unterstützung im Bereich der Datenerhebung- und Analyse sowie beim Verfassen des Evaluationsberichts. Zu diesem Zweck wurde im April 2019 eine Mission in Ulaanbaatar durchgeführt. Dabei wurde im Hinblick auf spätere Evaluationen ebenfalls über das Wissensmanagement und die Vermittlung von Wissen an andere Mitarbeitende des mongolischen Parlaments diskutiert. In diesem Zusammenhang präsentierten die Mitarbeitenden der PD die Arbeitsabläufe und -instrumente der PVK. Auf Wunsch des mongolischen Parlamentssekretariats fand im Rahmen dieser Mission zudem ein Workshop zum Thema «Erarbeitung von Berichten» statt. Daran nahmen neben der Arbeitsgruppe auch weitere Mitarbeitende des Sekretariats des mongolischen Parlaments teil.



Im August 2019 legte die mongolische Arbeitsgruppe einen Entwurf ihres Evaluationsberichts vor. Dieser wies allerdings noch einige Schwachpunkte auf, auf die die PD in einem ausführlichen Feedbackpapier hinwies.

Im Dezember 2019 fand ein zweiter Studienbesuch in Bern statt. Die Delegation setzte sich zusammen aus zwei Mitgliedern der Arbeitsgruppe sowie der Generalsekretärin des mongolischen Parlaments und des stellvertretenden Generalsekretärs. Der Studienbesuch hatte drei inhaltliche Schwerpunkte. Der erste war der Abschluss der Evaluation zum mongolischen «Land allocation Law», der zweite das Wissensmanagement für künftige Evaluationen und die Vermittlung von Wissen an andere Mitarbeitende des mongolischen Parlaments. Die Delegation machte sich auf der Grundlage der Präsentationen der PD zu den Arbeits- und Wissensmanagementinstrumenten, welche im April 2019 in Ulaanbaatar vorgestellt worden waren, erste Gedanken und erstellte den Entwurf einer Resolution für die Durchführung von Evaluationen. Dieser wurde präsentiert und diskutiert. Der dritte Schwerpunkt war die politische Verwertung von Evaluationsresultaten durch das Parlament. Erläutert wurde die Art und Weise, wie die Geschäftsprüfungskommissionen des Schweizer Parlaments aus einer PVK-Evaluation politische Schlussfolgerungen ziehen, Empfehlungen an den Bundesrat abgeben und deren Umsetzung verfolgen. In diesem Zusammenhang wurde auch über eine mögliche Institutionalisierung der Evaluationsarbeit und die Stärkung der parlamentarischen Aufsicht durch das mongolische Parlament im Allgemeinen diskutiert.

Der Besuch bestärkte die Generalsekretärin des mongolischen Parlaments in der Überzeugung, wonach die Evaluation in der Aufsichtsfunktion des Parlaments eine gewichtige Rolle einnehmen sollte. Im Anschluss an den Besuch beschloss sie, die betroffene Einheit in der mongolischen Parlamentsverwaltung personell und institutionell zu stärken: es wurde eine neue Einheit («Oversight and Evaluation Departement») geschaffen und es wurden zwei neue Mitarbeiter rekrutiert. Die PD haben ein Feedback zu den Stellenbeschreibungen der Mitarbeiter dieser neuen Einheit gegeben.

Die Arbeitsgruppe hat zu Beginn des Jahres 2020 ausserdem den im Rahmen des letzten Besuches in Bern diskutierten Resolutionsentwurf, welcher die Arbeit der Evaluationseinheit regelt, fertiggestellt und der Generalsekretärin vorgelegt. Darin werden u.a. die Themenauswahl für die Evaluation geregelt, die jeweils zuständigen Organe, welche die Evaluationsresultate behandeln ausgewiesen und die Arbeitsschritte der Evaluationseinheit dargestellt. Die Resolution tritt voraussichtlich mit der neuen Legislatur (Juli 2020) in Kraft.

Der Evaluationsbericht zum mongolischen «Land allocation Law» wurde in der Zwischenzeit fertiggestellt und der Generalsekretärin des mongolischen Parlaments vorgelegt. Eine Präsentation der Erkenntnisse aus dieser Evaluation in der zuständigen Parlamentskommission ist vorgesehen, konnte aber aufgrund der COVID-19 Situation zum Zeitpunkt des letzten Kontakts zwischen den PD und der Arbeitsgruppe aus dem mongolischen Parlament (Mai 2020) noch nicht durchgeführt werden.

Der «strategische Plan» des mongolischen Parlaments für die Legislaturperiode 2020-2024 sieht, nach Informationen von UNDP, ausserdem eine Zunahme der Aufsichtstätigkeiten vor.

#### **2.4. Projekt zur Unterstützung des albanischen Parlaments**

Das albanische Parlament wird vier Jahre lang – von 2018 bis 2022 – von der DEZA unterstützt. Dieses DEZA-Projekt «Support to Parliament and Civic Education» kann um weitere vier Jahre verlängert werden. Ziel des Projekts ist es, die Leistungsfähigkeit der albanischen



Parlamentsverwaltung zu verbessern und das albanische Parlament bei seiner Gesetzgebungs-, Repräsentations- und Aufsichtstätigkeit zu unterstützen. Angestrebt wird ausserdem eine Stärkung der Sensibilisierung und der politischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Durchführung dieses Projekts arbeitet die DEZA mit zwei Partnerorganisationen, vor Ort sind, zusammen: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das «National Democratic Institute» (NDI).

Die PD haben in diesem Zusammenhang in den Bereichen der politischen Bildung und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der parlamentarischen Kontrolle ihre Unterstützung angeboten.

#### *Unterstützung in den Bereichen der politischen Bildung und der Öffentlichkeitsarbeit*

Im April 2019 tauschten sich die PD zwei Tage lang mit ihren albanischen Kolleginnen und Kollegen über die Themen politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit aus. Die Mitglieder der PD-Delegation und die Vertreterinnen und Vertreter der albanischen Parlamentsverwaltung präsentierten die Öffentlichkeits- und Medienarbeit ihrer jeweiligen Parlamente und vertieften die Themen, die Gegenstand dieser Präsentationen waren, anschliessend in einer regen Diskussion.

Neben dem Austausch mit den albanischen Kolleginnen und Kollegen hatte die Mission der PD in erster Linie das Ziel, herauszufinden, welche konkreten Projekte im Rahmen einer zukünftigen Zusammenarbeit mit den albanischen Parlamentsdiensten verwirklicht werden können. Letztere äusserten den Wunsch, in folgenden drei Bereichen mit den PD zusammenzuarbeiten: Entwicklung einer Staatskundeaktivität nach dem Vorbild des PD-Spiels «Mein Standpunkt», Neukonzeptionierung der Führungen im albanischen Parlament sowie Realisierung einer virtuellen 3D-Besichtigung des albanischen Parlaments analog zu jener der des Parlamentsgebäudes. Zur Umsetzung dieser Projekte wurde in den Parlamentsverwaltungen beider Länder eine Arbeitsgruppe geschaffen.

Nach diesem ersten Treffen reiste im Juni 2019 erneut eine Delegation der PD nach Tirana, um mit der Arbeitsgruppe des albanischen Sekretariats die Arbeiten zu den ausgewählten Projekten aufzunehmen. Die PD-Vertretung nahm u. a. an einer Führung teil, um ein erstes kritisches Feedback geben zu können. Bei dieser Mission ging es insbesondere darum, die nächsten Etappen für das albanische Sekretariat festzulegen. Es wurde eine konkrete Arbeitsplanung erarbeitet.

Im Oktober 2019 weilte die albanische Arbeitsgruppe zu einem Studienbesuch in Bern. In diesen zwei Tagen wurde viel diskutiert und gearbeitet, ausserdem lernte die albanische Delegation das Spiel «Mein Standpunkt» kennen und nahm an einer Führung durch das Schweizer Parlament teil. Die restliche Zeit wurde genutzt, um über den Stand der Projekte zu sprechen, die von den Parlamentsdiensten (PD) unterstützt werden. Es fanden angeregte Diskussionen statt, die zeigten, welche besonderen Schwierigkeiten es gibt, wenn Projekte in einem politischen Umfeld umgesetzt werden, das sich stark von jenem in der Schweiz unterscheidet. Die Mitglieder der albanischen Arbeitsgruppe wollten u. a. wissen, wie die Organisation von «Mein Standpunkt» aussieht, welche personellen Ressourcen das Spiel benötigt und wie Lehrpersonen in Albanien am besten über das Spiel informiert werden können. Was die Führungen anbelangt, stellte die albanische Delegation einen Entwurf für ein neues «Skript» vor, den die PD-Mitarbeitenden kommentierten.



Im Jahr 2020 wurde der Austausch auf Distanz weitergeführt. Die PD gaben Feedback zu den von der albanischen Arbeitsgruppe geschickten Dokumenten und Projekten. Die Lancierung dieser drei neuen Instrumente dürfte im Herbst 2020 erfolgen. Die PD werden ihre albanischen Kollegen dabei unterstützen, diese neuen Instrumente in der Bevölkerung bekannt zu machen. Sie werden dazu auch wieder nach Tirana reisen, um ein letztes Feedback zu geben, wenn diese Instrumente in Betrieb genommen worden sind.

#### *Unterstützung im Bereich der parlamentarischen Kontrolle*

Die Zusammenarbeit im Bereich der parlamentarischen Oberaufsicht wurde mit einem dreitägigen Seminar im Mai 2019 aufgenommen. Eine Vertretung des Sekretariats der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte und ihre albanischen Kolleginnen und Kollegen stellten vor, wie die Aufsicht in ihrem jeweiligen Parlament ausgeübt wird. Anders als in der Schweiz wird die Oberaufsicht im albanischen Parlament nicht durch eine spezifische Kommission, sondern durch die verschiedenen Legislativkommissionen sowie durch das Ratsplenum ausgeübt. Es scheint allerdings, dass der Legislativtätigkeit gegenüber der Aufsichtsfunktion der Vorzug eingeräumt wird. Im Rahmen des Austausches stellte die Delegation aus dem Sekretariat der GPK u. a. das *Vademecum* der GPK vor. Das vom wissenschaftlichen Team des Sekretariats verfasste Handbuch ist vornehmlich an neue Mitglieder der GPK adressiert, um diese mit den Aufgaben und Besonderheiten der parlamentarischen Oberaufsicht vertraut zu machen.

Nach diesem Austausch beschloss der Generalsekretär des albanischen Parlaments, ein Handbuch zur parlamentarischen Oberaufsicht nach Vorbild des *Vademecum* zu erstellen.

Im Oktober 2019 weilte eine vom Generalsekretär des albanischen Parlaments eingesetzte Arbeitsgruppe zu einem Studienbesuch in Bern. Eine Vertretung des GPK-Sekretariates führte Workshops zum Thema parlamentarische Oberaufsicht durch. In Präsentationen wurde die Verwendung des *Vademecums* in der GPK erklärt und wurden die Arbeitsprozesse und -abläufe des Sekretariats vorgestellt. In drei Workshops befasste sich die Delegation mit Fragen betreffend die Ziele und die Philosophie, die mögliche Struktur und den Inhalt ihres Handbuchs. Die Delegation erarbeitete in der kurzen Zeit zwei Musterkapitel zu den sogenannten *Field monitoring visits* sowie zu den Anhörungen durch parlamentarische Kommissionen. Ausserdem wurden die Struktur sowie ein Entwurf des Inhaltsverzeichnisses, anhand dessen das Handbuch fertiggestellt werden soll, erstellt.

Das Resultat des dreitägigen Besuches und des intensiven Austausches übertraf die Erwartungen der Beteiligten. Die Delegation wollte möglichst viel von ihrem Aufenthalt in Bern mitnehmen und die ihnen für die internen Diskussionen und Arbeiten zur Verfügung gestellte Zeit bestmöglich nutzen. Alle Beteiligten schätzten sehr, dass die Gruppe sich ausserhalb von alltäglichen Pflichten auf dieses Projekt konzentrieren konnte. Ein solch aufmerksames und effizientes Vorgehen wäre ihren Aussagen zufolge in Tirana nicht möglich gewesen. Das Team war zusammengesetzt aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Dienste der albanischen Parlamentsverwaltung. In ihrem Arbeitsalltag haben sie nur selten Gelegenheit, so eng zusammenzuarbeiten.

Die Arbeitsgruppe stellte die in Bern angefangenen Musterkapitel in der Folge fertig und stellte sie den PD für ein Feedback zu. Das ausführliche Feedback zu diesen Kapiteln aber auch zur allgemeinen Struktur des Handbuchs wurde von der Arbeitsgruppe in den Folgearbeiten weitgehend aufgenommen und umgesetzt.



Im Jahr 2020 wurde auch hierzu der Austausch auf Distanz weitergeführt. Eine für das erste Halbjahr geplante Mission nach Albanien und ein Gegenbesuch in Bern mussten aufgrund der COVID-19 Situation verschoben werden. Nichtsdestotrotz konnte die Arbeitsgruppe weitere Kapitel des Handbuchs fertigstellen. Die fertiggestellten Kapitel sollten ausserdem den Präsidenten von für Aufsicht zuständigen Kommissionen vorgestellt werden. Auch dies musste aufgrund der gesundheitshygienischen Situation verschoben werden.

Obwohl der ursprüngliche Zeitplan leicht angepasst werden musste, wird mit einer Fertigstellung des Handbuchs zu Fragen der parlamentarischen Oberaufsicht bis Ende 2020 gerechnet. Eine Mission nach Tirana für den Abschluss der Arbeiten am Handbuch ist für den Herbst 2020 vorgesehen.

## **2.5. Projekt zur Unterstützung des kosovarischen Parlaments**

Die AMS unterstützte von 2016 bis 2018 die Organisation «Kosova Democratic Institute» (KDI). Dabei verfolgte die AMS das Ziel, die Rolle des Parlaments gegenüber der Regierung zu stärken, namentlich im «Dialog in Brüssel» zwischen Kosovo und Serbien. Das kosovarische Parlament hatte die Regierung seines Landes in mehreren Resolutionen erfolglos dazu aufgefordert, es über den Stand dieses Dialogs auf dem Laufenden zu halten. Die fehlende Transparenz der Regierung gab Anlass zu Kritik und stiess bei den Oppositionsparteien auf Widerstand. Sie führte zu einer institutionellen Krise in Kosovo, die sich durch Proteste und eine ungewöhnliche Blockade der Arbeiten des Parlaments ausdrückte. Um den Dialog fortführen zu können, lancierte das KDI das Projekt «Strengthening parliamentary oversight of the executive and increasing citizens' participation in the Kosovo-Serbia dialogue».

Vor diesem Hintergrund begab sich eine kleine Delegation der PD bestehend aus Mitarbeitenden des Sekretariats der Aussenpolitischen Kommissionen (APK) und des Sekretariats der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) sowie der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) im Februar 2018 nach Pristina, um für die Mitglieder und die Mitarbeitenden des kosovarischen Parlaments einen Workshop durchzuführen. Diskussionsthemen waren die Mitwirkung des Parlaments an der Aussenpolitik, die parlamentarische Oberaufsicht und die Evaluation. Vorgestellt wurde die Arbeit der APK, der GPK und der PVK. Der Austausch war rege und bereichernd. Die kosovarischen Abgeordneten und die Mitarbeitenden des Parlamentssekretariats interessierten sich insbesondere für die Konsultationsrechte der APK bei Verhandlungsmandaten des Bundesrates. Auch die Nachkontrollen der GPK zur Umsetzung der an den Bundesrat gerichteten Empfehlungen fanden grosse Beachtung. Die Oberaufsicht über unabhängige Institutionen (z. B. Zentralbank oder Gerichte) und die Aufträge der GPK an die PVK wurden ebenfalls eingehend diskutiert. Bei diesem Treffen konnte den kosovarischen Abgeordneten aufgezeigt werden, von welchen Verfahrensmöglichkeiten sie sich bei künftigen Reformen der Vorschriften ihres Parlaments inspirieren lassen können.

## **2.6. Projekt zur Unterstützung des tunesischen Parlaments**

Im Rahmen der Unterstützung der tunesischen Demokratisierung durch die AMS weilte im September 2016 eine Delegation rund um den tunesischen Parlamentspräsidenten zu einem Besuch in der Schweiz, um sich über die Arbeitsabläufe und -instrumente der Bundesversammlung zu informieren. Bei diesem Treffen zeigte sich die tunesische Delegation interessiert am von den PD verwendeten System zur Protokollierung der Ratsdebatten, hat das



tunesische Parlament doch systematisch Verspätung bei der Veröffentlichung seiner Debatten, da es nicht über ein leistungsfähiges System verfügt. In einer Studie wurde untersucht, ob das Schweizer System zur Protokollierung der Ratsdebatten an die arabische Sprache angepasst werden kann. Obwohl das Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie positiv war, wird die Zusammenarbeit nicht fortgeführt, da die tunesische Parlamentsverwaltung ihr Interesse nicht bekräftigte. Am Rande der Konferenz der Vereinigung der Generalsekretäre der frankofonen Parlamente (ASGPF) im März 2018 wurde den PD zugetragen, dass das tunesische Parlament am System des marokkanischen Parlaments interessiert sein soll, das für die Protokollierung der Ratsdebatten ein Spracherkennungstool verwendet.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind dennoch nicht nutzlos, da sie in anderen arabischsprachigen Ländern verwendet werden können. Die AMS und die DEZA werden in anderen Kontexten nach Gelegenheiten Ausschau halten.